

Diese Kopie wird nur zur rein persönlichen Information überlassen. Jede Form der Vervielfältigung oder Verwertung bedarf der ausdrücklichen vorherigen Genehmigung des Urhebers © by the author

S Ü D W E S T R U N D F U N K  
F S - I N L A N D  
**R E P O R T M A I N Z**

S E N D U N G: 24.06.2002

<http://www.swr.de/report>

**Eichels Milliardenloch-  
Pfuscher bei den Postpensionen?**

Bericht: Gottlob Schober

Kamera: Stefan Ambrosius  
Helmut Hörber  
Uli Mühl

Schnitt: Marcus Kaul

**Moderation Bernhard Nellessen:**

Hans Eichel hat ein Problem. Dem Bundeshaushalt fehlt in den nächsten Jahren ein dreistelliger Milliardenbetrag. Sie haben richtig gehört: Es geht um ein dreistelliges Milliardenloch!

Ursache dafür sind die Pensionen von früheren Beamten der Post, der Postbank und der Telekom. Sie zahlt zum größten Teil der Bund und zwar aus dem Erlös von Telekom- und Postaktien – so war es jedenfalls geplant. Doch mit dem dramatischen Kurssturz der T-Aktie ist aus dem Geldstrom von einst ein Rinnsal geworden.

Bezogen auf die nächsten 30 Jahre fehlen Hans Eichel 200-250 Milliarden Mark oder gut 100 Milliarden Euro. Diese Zahl hat mein Kollege Gottlob Schober nicht aus der Luft gegriffen, sie stammt vom Bundesrechnungshof.

### **Bericht:**

Bernd Kursawe, 57 Jahre alt, einer von 140.000 pensionsberechtigten Beamten bei Post, Postbank und Telekom. In wenigen Jahren geht er in Ruhestand. Über seine finanzielle Zukunft dann macht er sich Sorgen – wie die meisten seiner Kollegen auch.

#### ***O-Ton, Bernd Kursawe, Betriebsrat Post:***

»Ich gehe nicht davon aus, dass die Pensionen gesichert sind. Die im Gesetz versprochene Daseinsvorsorge, die wird der Staat so nicht halten können.«

Einen unbeschwerten Ruhestand, Kneippen und Wassertreten, darauf hoffen fast alle Post- und Telekom-pensionäre. Aber auch bei ihnen geht die Angst um, denn der Bund hat Probleme mit der Finanzierung ihrer Pensionen.

Der Reihe nach: Nicht die Unternehmen Post und Telekom, sondern der Staat zahlt den größten Teil der Ruhestandsgehälter, so will es das Gesetz. Mit dem Entgegenkommen bei den Pensionen hat der Bund den Börsengang der Telekom 1996 erst möglich gemacht. Diese Hilfe kostet Deutschlands ersten Kassenwart Hans Eichel viel Geld, womöglich zuviel Geld. Eichels Budget schrumpft, die Zahl der Pensionäre wächst.

Die Quittung hat Eichel schon bekommen. Der Bundesrechnungshof hat ganz genau hingesehen. Das Ergebnis: ein Finanzdesaster astronomischer Größenordnung allein durch die anstehenden Pensionen bei Post und Telekom.

#### ***O-Ton, Joachim Romers, Bundesrechnungshof:***

»Der Bundesrechnungshof hat bereits im Jahr 2001 darauf hingewiesen, dass auf den Bundeshaushalt Finanzierungsrisiken in einer Größenordnung eines dreistelligen Milliardenbetrags zukommen können.«

Eine Belastung in dreistelliger Milliardenhöhe – eine kaum vorstellbare Zahl mit elf Nullen. Zum Vergleich: Damit könnte Verteidigungsminister Scharping seine heftig umstrittenen 73 Bundeswehr-Airbusse locker anschaffen. Nicht nur ein Mal, sondern gleich acht Mal.

Es ist ein Vabanquespiel, bei dem der Staat schon viel verloren hat – Geld und Vertrauen bei den Pensionären. Der Bund hat auf ein großes Aktienpaket von Post und Telekom gesetzt, von hohen Kursen und sagenhaften Gewinne geträumt. Vom Verkauf der Aktien sollten die Pensionen so nebenbei finanziert werden, die Realität sieht anders aus.

Der Bund leidet ebenso wie die vielen Kleinaktionäre unter den massiven Kursverlusten. Der Bundesrechnungshof hat schon 2001 gewarnt. Damals waren die Aktien im Besitz des Bundes nur noch 150 Milliarden Mark wert. Der Bund braucht aber 293 Milliarden. Ergibt ein Loch von 143 Milliarden Mark. Inzwischen ist die Lage viel prekärer, vor allem nach den Kursstürzen der letzten Monate.

***O-Ton, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler  
Universität Freiburg:***

»So dass wir im Prinzip davon ausgehen müssen, dass aus den 134 Milliarden DM Defizit ca. 200 bis 250 Milliarden Defizit geworden sind.«

Bis zu 250 Milliarden verteilt vor allem auf die nächsten 30 Jahre. Eine Zeitbombe. Schon im nächsten Jahr fehlen mehrere Milliarden, und danach geht die Schere immer weiter auf. Das heißt, in jedem Bundeshaushalt klafft ein Loch, von dem heute noch niemand weiß, wie es zu stopfen ist.

***O-Ton, Dietrich Austermann, CDU-Haushaltsexperte:***

»Bereits in diesem Jahr dürften sich erste Probleme zeigen, weil die Privatisierungserlöse nicht ausreichen werden, um das, was eingeplant ist, auch tatsächlich abzudecken. Das große Loch beginnt im Jahre 2003 und heißt, dass Beträge in der Größenordnung von 10 bis 12 Milliarden Mark zusätzlich an anderer Stelle gefunden werden müssen oder eingespart werden müssen. Sonst gibt es hier ein Problem.«

***O-Ton, Joachim Romers, Bundesrechnungshof:***

»Wir gehen davon aus, dass die Zahlungen an die Versorgungsempfänger bis zum Jahr 2034 ansteigen und dann wieder sinken werden. In der Spitze wird voraussichtlich ein Betrag von 26 Milliarden für dieses eine Jahr erreicht werden.«

Nochmals: Es werden immer mehr Pensionäre von Post und Telekom, die es sich auf einer Rhein-Schiffahrt gut gehen lassen können. Für sie zahlt der Bund rund 10 Milliarden heute. Später 26 Milliarden Mark im Jahr. Die Pensionäre kosten also demnächst weit mehr, als der Bund zum Beispiel für Bildung und Forschung in einem Jahr ausgeben will.

Und er kann dem Bund auch nicht helfen, denn er steht für den rapiden Kursverfall der T-Aktie. Ron Sommer, der einstige Vorzeigemanager, ist so umstritten wie nie. Pfiffe von den Kleinaktionären, und auch der Hauptaktionär Bund macht Druck. Sommer muss unbedingt höhere Kurse bringen, sonst ist er womöglich bald seinen Job los. Der Manager hat außer Durchhalteparolen nur noch wenig zu bieten.

***O-Ton, Ron Sommer, Vorstandsvorsitzender Telekom am 28.05.02:***

»Ich bin jedoch sicher, dass manch ein Anleger, der heute kein Vertrauen in die T-Aktie hat, dies in der Zukunft bereuen wird.«

***O-Ton, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler Universität Freiburg:***

»Wir bräuchten einen Kurs von ca. 80-90 Euro in der T-Aktie, um wirklich durch die Verkaufserlöse alle Pensionslasten der Deutschen Post und Telekom zu finanzieren. Das ist schlicht, sagen wir mal, utopisch, und daran glaubt, glaube ich, heutzutage keiner mehr.«

Ein Bild aus besseren Tagen. Damals glaubte Eichel noch, Sommers T-Aktie könnte das Geld einspielen, das er für die Beamtenpensionen dringend braucht. Doch von diesem Traum muss sich der Finanzminister verabschieden.

Was also kann Hans Eichel tun, um dieses Haushaltsloch zu stopfen? Verkauft er jetzt Telekom- oder Postaktien, verscherbelt er das Tafelsilber des Bundes zu einem Schleuderpreis. Der Finanzwissenschaftler rechnet mit unpopulären Maßnahmen nach der Wahl.

**O-Ton, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler Universität Freiburg:**

»Die Konsequenzen für zukünftige Politiker liegen klar auf der Hand. Zum einen müssen sie, und es bleibt ihnen nichts anderes übrig, die Steuerlast für zukünftige Generationen erhöhen. Sie können aber nicht davon ausgehen, dass das ohne Kürzungen der Pensionen in der Zukunft abgehen kann.«

Steuererhöhungen und Pensionskürzungen? – Auch bei den Gewerkschaften haben die Alarmglocken längst geklingelt.

**O-Ton, Will Russ, Die Kommunikationsgewerkschaft:**

»Insofern befürchten wir, dass durch diese laufenden Finanzierungsprobleme man auch an das System herangeht, dass man an die Höhe der Pension möglicherweise herangeht.«

**O-Ton, Rolf Büttner, ver.di:**

»Das ist eine tickende Zeitbombe, das muss jeder wissen. Seit der Kohl-Regierung und Fortsetzung der rot-grünen Regierung können wir eigentlich feststellen, dass das, was eigentlich notwendig war, an Vorsorge zu betreiben, nicht an Vorsorge betrieben worden ist.«

Steuererhöhungen und Pensionskürzungen? – Derzeit noch Tabuwörter im Finanzministerium. Ankündigungen dieser Art können im Wahljahr nur schaden. Kein Wunder, dass weder Minister noch Staatssekretär zum Interview bereit waren.

Pressesprecher Jörg Müller bestätigt den Sachverhalt, versucht aber zu verharmlosen.

**O-Ton, Jörg Müller, Sprecher Finanzministerium:**

»Kurzfristig gibt es keine Auswirkungen für die Pensionslasten. Langfristig würde der Zuschussbedarf des Bundes aus dem Haushalt, sprich aus Steuermitteln, steigen.«

Frage: Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

**O-Ton, Jörg Müller, Sprecher Finanzministerium:**

»Das ist das Grundproblem, was mit der Privatisierung angelegt wurde.«

Ein Eingeständnis. Die Fehlspekulation von Staat und Telekom, die der Steuerzahler schon 2004 ausbaden muss. Dann nämlich werden die Pensionen vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert. Das war ursprünglich so nicht geplant, denn die Privatisierungserlöse, also das Geld aus den Aktienverkäufen, sollten vorrangig in einem Sondertopf angespart werden. Damit wollte man die Postpensionen sichern, so steht es im Gesetz. Doch Hans Eichel griff wie sein Vorgänger Theo Waigel stets in die Pensionskasse, wenn es ein Haushaltsloch zu stopfen gab.

**O-Ton, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Finanzwissenschaftler Universität Freiburg:**

»Der Trick, Haushaltsdefizite oder Pensionslasten in Sondertöpfen und Schattenhaushalten zu verstecken, dieser Trick war eigentlich, sagen wir mal ursprüngliche Idee von Waigel, um das entsprechende Defizitkriterium des Maastrichtvertrages zu erfüllen und damit die Grundlage für den Euro zu schaffen. Der Trick wurde von Eichel im Prinzip nur weiter fortgeführt, indem er schlichterding, sagen wir mal, den blauen Brief aus Brüssel vermieden hat, und der kommt dann bestimmt.«

Mit einem weiteren Trick will Eichel den blauen Brief doch noch verhindern. Er plant Post- und Telekomaktien an die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau zu verkaufen. Die zahlt ihm sofort rund 6 Mrd. Euro dafür. Sollte der Kurs irgendwann steigen, hätten die Kreditanstalt und der Bund doch noch einen Gewinn.

Doch mit dieser Strategie kann Eichel sein Haushaltsloch nur kurzfristig stopfen. Langfristig fehlen aber weiterhin bis zu 100 Mrd. Euro. Egal, wer nach der Bundestagswahl im Finanzministerium den Gürtel enger schnallt, das Menetekel des blauen Briefes bleibt.

Und der Postbeamte Bernd Kursawe fürchtet zurecht, dass die Finanzjongleure im Ministerium nicht mehr anders können, als seine Pension zu kürzen. Oder vielleicht gibt es wieder eine Sondersteuer um das Versagen der Vergangenheit auszugleichen. Der Steuerzahler kann sich ja nicht wehren.

**Abmoderation Bernhard Nellessen:**

Soweit haben die Füchse von REPORT Mainz diesmal recherchiert. In einer halben Stunde gibt es im Südwestfernsehen mehr zu unserem Thema „Abzockerei mit falschen Gewinnversprechen“. Sie können auf der eingeblendeten Telefonnummer mitdiskutieren. Wir sehen uns am 15. Juli wieder. Machen Sie es gut.